



Bundesverband der Deutschen Weinkellereien



Deutscher Weinbauverband e.V.



Bundesministerium für Landwirtschaft,
Ernährung und Heimat (BMLEH)
Herrn Bundesminister
Alois Rainer
Wilhelmstr. 54
10117 Berlin

Berlin, Bonn, Trier, Wiesbaden, 27. November 2025

Krisenmaßnahmen jetzt vorbereiten - notwendige politische Schritte für die Weinwirtschaft

Sehr geehrter Herr Bundesminister Rainer,

vor rund zwei Monaten hatten wir gemeinsam Gelegenheit, uns im Rahmen des Treffens mit den zentralen Verbänden der Weinwirtschaft zur Lage unserer Branche auszutauschen. Wir bedanken uns ausdrücklich für diesen konstruktiven Dialog sowie für das bereitgestellte Bundesprogramm in Höhe von 1 Mio. € zur Absatzförderung. Ebenso begrüßen wir, dass sowohl das Land Rheinland-Pfalz als auch die Branche selbst die Mittel zusätzlich aufstocken. Dennoch müssen wir klar feststellen: Angesichts der Schwere der Krise reicht diese - leider zudem zweckgebundene - Einzelmaßnahme nicht aus! Auch die weiteren, in Aussicht gestellten Maßnahmen - wie etwa die Agrardiesel-Rückvergütung, die Ausweitung der 70-Tage-Regelung oder die Anpassung der Ökoregelung 1a - sind unzureichend und als allgemeine Regelungen nicht geeignet, die Besonderheiten der Weinbranche hinreichend zu berücksichtigen.

Deshalb bedauern wir, dass – trotz der anstehenden großen Veranstaltungen der Weinwirtschaft und im Lichte der bevorstehenden Landtagswahlen – bislang keine weiteren konkreten positiven Maßnahmen durch den Bund angestoßen wurden.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch ausdrücklich auf das jüngste Treffen der Ministerinnen und Minister der weinbautreibenden Bundesländer hinweisen. Die Länder haben in ihrer Abschlusserklärung klar ihre Unterstützung für zentrale strukturpolitische Schritte signalisiert, die wir als Branche seit langem fordern. Die dort formulierten Empfehlungen – insbesondere zur Stärkung der Kriseninstrumente, zur



Bundesverband der Deutschen Weinkellereien



Deutscher Weinbauverband e.V.



Verbesserung der sektoralen Flexibilität sowie zur Ermöglichung zusätzlicher nationaler Maßnahmen – decken sich weitgehend mit unseren Forderungen. Diese positive Positionierung der Länder macht deutlich, dass die Umsetzung nun nicht weiter verzögert werden darf.

Mit Blick nach Brüssel möchten wir Ihnen mitteilen, dass die Position des Europäischen Parlaments zum sogenannten Weinpaket für den anstehenden Trilog wichtige und sehr positive Aspekte enthält. Aus unserer Sicht ist es zwingend erforderlich, dass sich Deutschland aktiv dafür einsetzt, dass diese Elemente auch in die Ratsposition übernommen werden. Dazu zählen insbesondere:

- die Übertragbarkeit der Mittel im Rahmen des GAP-Weinsektorenprogramms,
- die zielgerichteten Anpassungen im Weinsektorenprogramm zur Schaffung neuer Interventionen, namentlich Rodung und Destillation,
- die Ermöglichung eines nationalen Anbaustopps.

Wir erwarten vom BMLEH und den Ländern, dass nach Abschluss des Trilogs eine unmittelbare Umsetzung der neuen Möglichkeiten in Deutschland erfolgt.

Die Weinbranche benötigt den vollständigen Werkzeugkasten, um regional passgenaue Lösungen einsetzen zu können – insbesondere grüne Lese, Krisendestillation und Rodungsmaßnahmen dürfen keine Tabuthemen mehr sein! Kurzfristige Maßnahmen sind erforderlich, die den Regionen direkt und schnell helfen.

Und wie bereits vielfach mitgeteilt, gibt es aus unserer Sicht eine langfristig tragfähige Lösung: die Rotationsbrache. Denn die neue Ökoregelung 1a reicht bei weitem nicht aus, um die notwendige Wirkung zu entfalten. Die Einführung der Rotationsbrache wurde auch von den weinbautreibenden Bundesländern im Rahmen ihres Treffens ausdrücklich positiv bewertet – dies ist ein starkes politisches Signal. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass das BMLEH nun zeitnah die notwendigen Schritte einleitet, um die Rotationsbrache umzusetzen. Die Branche kann nicht länger warten. Die Einführung der Rotationsbrache ist für uns nicht verhandelbar – unerheblich ist dabei die Herkunft der Mittel. Ein Vorbringen administrativer Hindernisse, zusätzliche Verwaltungsarbeit oder Verweise auf eine neue GAP lehnen wir ausdrücklich ab.

Sollte dies trotz einer politischen Kraftanstrengung – bspw. aufgrund föderaler Zuständigkeiten – nicht möglich sein, fordern wir ein aus Bundesmitteln ausgestattetes zielgerichtetes „Zukunftsinvestitionsprogramm für die deutsche Weinbranche“.



Bundesverband der Deutschen Weinkellereien



Deutscher Weinbauverband e.V.



VERBAND
DEUTSCHER
WEIN
EXPORTEURE



BUND DER
DEUTSCHEN
LANDJUGEND
e.V.



VERBAND
DEUTSCHER
SEKTELLEREIEN



Unter Ihrer Führung und in koordinierter Zusammenarbeit mit Bundesministerin Reiche und Bundesminister Schneider könnte die Bundesregierung ein Programm vorlegen, das Biodiversität stärkt, Kulturlandschaften erhält, regionale Wertschöpfung erhöht und den ländlichen Raum zukunftsfest macht! Hier ließe sich dann auch die Rotationsbrache realisieren.

Nach dem öffentlichkeitswirksamen Treffen im September erwarten wir nun dringend die konkrete Umsetzung weiterer Schritte. Die Lage der Weinwirtschaft duldet keinen weiteren Aufschub. Die Betriebe benötigen jetzt politische Verlässlichkeit und erkennbare Handlungsbereitschaft.

Wir bitten Sie daher nachdrücklich, die genannten Maßnahmen zeitnah einzuleiten und Ihre bereits geäußerte Bereitschaft, die Branche in dieser schwierigen Phase zu unterstützen, nun auch sichtbar und wirksam umzusetzen.

Selbstverständlich stehen wir jederzeit gerne für einen weiteren Dialog zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen